

# WMI

## WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

# 44

Ausgabe 1. November 2012

### Inhalt

- 2 Europäische Union:** In ihrem Arbeitsprogramm für 2013 benennt die Kommission die Bewältigung der Wirtschaftskrise und nachhaltiges Wachstum als zentrale Aufgabe.
- 3 Ehrenamt:** Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts beschlossen, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken.
- 6 Bayern:** Das Bundesbauministerium hat den Wohnungsgenossenschaften in München angeboten, die Laufzeit von auslaufenden Erbpachtverträgen zu verlängern.

## Wohnungsbau stützt Bauproduktion: Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen um zwei Prozent

**Berlin – Die Bauwirtschaft bleibt von der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Lage unbeeindruckt: Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes mitteilte, ist der Auftragseingang im deutschen Bauhauptgewerbe im August 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um nominal 10,8 Prozent gestiegen, real betrug der Zuwachs 8,4 Prozent.**



Foto: KfW-Bildarchiv / Fotograf: Thomas Klewar

Stütze der Baukonjunktur ist weiterhin der Wohnungsbau: Die Bauunternehmen nutzten die gute Witterung, um die hohen Auftragsbestände abzarbeiten.

Für den gesamten Zeitraum von Januar bis August 2012 ergibt sich ein Auftragsplus von nominal 7,6 Prozent – ein Anstieg von real 4,8 Prozent. Auch die Umsätze sind im Plus: Der baugewerbliche Umsatz legte im August um nominal zwei Prozent zu, von Januar bis August wuchs er um 1,6 Prozent. Stütze der Baukonjunktur ist weiterhin der Wohnungsbau: Die Unternehmen nutzten die gute Witterung, um die hohen Auftragsbestände abzarbeiten: Der Umsatz lag im August um 7,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, von Januar bis August stieg er um 7,4 Prozent.

Der Ordereingang stieg um 9,1 Prozent – von Januar bis August um 11,2 Prozent.

Die Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand hat nach den Berechnungen der Bauindustrie im August ein Ende gefunden: Die Baubetriebe meldeten für den Öffentlichen Bau ein Orderplus von 9,8 Prozent – von Januar bis August stieg er um acht Prozent. Fraglich bleibe, so die Bauindustrie, ob dies reicht, um den Umsatzrückgang von mittlerweile 5,8 Prozent auszugleichen – im August nahm er um 1,5 Prozent ab.

(stilschi) ■

## Aktuelle Meldungen

### EU-Kommission will CO<sub>2</sub>-Zertifikate dauerhaft verknappen

Die Europäische Kommission erwägt, eineinhalb bis zwei Milliarden CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht nur vorübergehend aus dem Markt zu nehmen, sondern dauerhaft, wie das *Handelsblatt* in seiner Ausgabe vom 31. Oktober 2012 berichtete. Ziel der Maßnahme sei, die „Übersorgung einzudämmen“ und „die Einnahmen der Mitgliedstaaten durch die Versteigerungen signifikant steigen“ zu lassen, wie aus einem Entwurf für einen Bericht zur Lage des Emissionshandels in der Union 2012 hervorgehe. (wi)

### Dynamik des Beschäftigungsaufbaus lässt nach

Im September 2012 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 41,8 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Die Erwerbstätigenzahl liegt um 324.000 Personen über dem Niveau von September 2011 – ein Zuwachs um 0,8 Prozent. Der Beschäftigungszuwachs gegenüber dem Vorjahr setzte sich somit im September 2012 mit nachlassender Dynamik fort. (wi)

### Mehr Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt

Am Jahresende 2011 erhielten in Deutschland rund 332.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, stieg die Zahl der Hilfebezieher im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent. (wi)

## Europäische Kommission legt Arbeitsprogramm für 2013 vor

**Brüssel – Die Europäische Kommission hat am 23. Oktober 2012 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 vorgelegt. Als zentrale Aufgabe der nächsten Jahre benennt das Programm die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Schaffung nachhaltigen Wachstums. Entsprechend steht das Bemühen um eine gemeinsame europäische Anstrengung für mehr Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt. Dazu seien grundlegende Reformen und langfristig die Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) hin zu einer engen und echten Wirtschaftsunion erforderlich, die auf dem Fundament einer politischen Union gründe.**

Das Programm legt Ziele unter sieben Schlüsselbereichen fest und umfasst rund 50 neue Initiativen, die im Laufe des Jahres 2013 beziehungsweise in der ersten Jahreshälfte 2014 vorgeschlagen werden sollen. Die festgelegten sieben Schlüsselbereiche umfassen folgende Themenkomplexe: Erstens ist die Schaffung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehen, mit neuen Rechtsvorschriften für mehr Stabilität, Transparenz und Verbraucherschutz im Finanzsektor, insbesondere nach Maßgabe der Pläne für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion.

Als zweiten Themenkomplex listet die Kommission die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Binnenmarkt und die Industriepolitik. Hier sind Initiativen zur Reduzierung der Unternehmenskosten geplant, zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer und der Rechnungslegung, zum Abbau von Hindernissen für die Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung von Forschungspartnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor in zentralen Wachstumssektoren.

Des Weiteren wird eine höhere gegenseitige Vernetzung zugunsten einer größeren Wettbewerbsfähigkeit angestrebt. Bestehende Netze sollen durch die Liberalisierung des Energiesektors modernisiert, Investitionen in Infrastrukturen wie Breit-

bandnetze gesteigert, der europäische Verkehrs- und Logistiksektor erneuert und Hindernisse für den elektronischen Zahlungsverkehr beseitigt werden.

Als Ziel sieht die Kommission außerdem beschäftigungswirksames Wachstum durch Inklusion und Exzellenz: Arbeitslose sollen praktische Unterstützung in Bereichen wie den öffentlichen Arbeitsvermittlungen erhalten und soziale Inklusion optimal gefördert werden.

Ein weiterer Punkt ist die Nutzung der europäischen Ressourcen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit: Eine langfristige Perspektive mit einem Rahmen für die Bereiche Energie und Klimawandel bis 2030 soll geschaffen sowie gezielte Maßnahmen in den Bereichen Luftqualität und Abfall ergriffen werden. Hier ist ein neuer Klima- und Energierahmen für den Zeitraum bis 2030 vorgesehen.

Die Kommission will auch die Sicherheit in der EU weiter fördern: Eine Europäische Staatsanwaltschaft soll zum Schutz der finanziellen Interessen der EU geschaffen werden und die Sicherheit durch Bekämpfung des Schmuggels von Feuerwaffen und Festigung der Unionsbürgerschaft im Europäischen Jahr der Bürger gestärkt werden.

Das Gewicht Europas als globaler Akteur soll darüber hinaus stärker genutzt werden: Europäische Interessen und Werte sollen durch eine neue Generation von Handelsabkommen weiterentwickelt und die Millenniumentwicklungsziele als weltweit führender Partner auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden.

Zusätzlich werden in einem „Anhang II“ Initiativen zur Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands aufgeführt. Wohnungswirtschaftlich relevant sind hier eine geplante Verringerung der Kosten für die Errichtung von Breitband-Infrastrukturen, eine Initiative über die elektronische Verarbeitung von Leistungserklärungen im Rahmen der Bauprodukteverordnung (EU) Nr. 305/2011 – die neue Verordnung über Bauprodukte tritt am 1. Juli 2013 in Kraft –, eine Initiative für elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen sowie die Erleichterung der Geschäftstätigkeit durch eine standardisierte Mehrwertsteuer-Erklärung. Die aufgeführte Liste der zurückzuziehenden Vorschläge führt keine unmittelbar die Wohnungswirtschaft betreffenden Gesetzgebungsakte auf. (öne/schi) ■

➡ **Das Arbeitsprogramm finden Sie unter <http://ec.europa.eu>, weitere Infos auch unter <http://europa.eu>**

## Europäische Normung: Modernisierung tritt 2013 in Kraft

**Brüssel – Das Europäische Parlament hat Anfang September 2012 eine Verordnung zur europäischen Normung und Veränderung von insgesamt 11 Richtlinien aus diesem Bereich beschlossen. Ziel ist, die Schaffung von Normen künftig in Zusammenarbeit der nationalen mit der europäischen Ebene klar, vereinbar und widerspruchsfrei zu gestalten. Unternehmen sollen einen schnelleren Zugang zu standardisierten Lösungen für technische Probleme erhalten können.**

Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Dienstleistungen und der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Solche Produkt- und Dienstleistungskriterien vereinfachen laut Europäischem Parlament die Interoperabilität der Erzeugnisse, erleichtern unternehmensübergreifende Arbeitsprozesse und können Preissenkungen für Verbraucher bewirken.

Derzeit bleiben die Entwicklungspotenziale nach Angaben des Europäischen Par-

laments hinter den aktuellen technologischen und Marktentwicklungen zurück, was zu einer deutlichen Verringerung der potenziell möglichen Wirtschaftsleistung führe. So tragen Normen nach Ansicht der Kommission in der gesamten Europäischen Union mit jährlich 35 Milliarden Euro zum Wirtschaftswachstum bei.

Im Zuge der neuen Verordnung erfolgt auch die Umsetzung des Legislativvorschlags im Rahmen der Binnenmarktakte (Single

Market Act). Der Kommissionsvorschlag vom 1. Juni 2012 umfasste sowohl die auf Anforderung der Europäischen Kommission entwickelten Normen als auch Normen auf Initiative anderer Akteure. Die Verordnung tritt zum 1. Januar 2013 in Kraft und gilt dann unmittelbar in den Mitgliedstaaten. (öne/schi) ■

➡ **Weitere Infos finden Sie unter [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)**

## Europäisches Parlament lehnt internationale Rechnungslegungsstandards für kleine und mittlere Unternehmen ab

**Brüssel – Nach Beschlüssen des Europäischen Parlaments im September 2012 soll es für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) keine Berichtspflicht im Rahmen der internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) geben. Die länderbezogene Berichterstattung bleibe aber weiterhin ein kritischer Punkt, erklärte der berichterstattende Abgeordnete Klaus-Heiner Lehne (Europäische Volkspartei, Deutschland).**

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments votierte in erster Lesung einstimmig für die Annahme des „Berichts über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen“.

Das Bilanzrecht der Europäischen Union (EU) soll weitreichende Änderungen erfahren. Die Reform der Jahresabschlüsse und Berichtspflichten soll zu einer besseren Vergleichbarkeit europäischer Bilanzen und einer Verschlankung der Anforderungen

führen. Aus diesem Grund will der Rechtsausschuss Wahlmöglichkeiten in der Rechnungslegung reduzieren und Entlastungen insbesondere für kleinere Unternehmen erreichen. Nicht erforderliche Berichtspflichten sollen den Europaparlamentariern zufolge wegfallen, indem vor allem die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses auf ein vertretbares Niveau zurückgeführt werden. Für KMU sollen IFRS-Standards, die als Kapitalmarktinformationen, nicht aber als nachvollziehbare Informationsbasis für Gläubiger und Geschäftspartner

von KMU fungierten, nicht gelten.

Für die anstehenden Verhandlungen mit dem Rat erwarten die Parlamentarier nun auch Kompromissbereitschaft auf Seiten der Mitgliedstaaten, um eine Einigung bis zum Jahresende zu erreichen. Die erste Lesung im parlamentarischen Plenum ist für den 14. Januar 2013 vorgesehen. (öneltschi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

## BUNDESPOLITIK

## Gemeinnützigkeitsrecht soll entbürokratisiert werden – Ehrenamtliches Engagement muss auch in der Wohnungswirtschaft unterstützt werden

**Berlin – Das Bundeskabinett hat am 24. Oktober 2012 den Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (GEG) beschlossen. Dabei ging es auch um die Stärkung des Ehrenamtes. Unter anderem werden die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige – der Ehrenamtspauschbetrag – und der Übungsleiterpauschbetrag angehoben.**

Staatsminister **Eckart von Klaeden**, Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, begrüßte den Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums: „Die Bundesregierung hat mit dem Arbeitsprogramm bessere Rechtsetzung am 28. März 2012 zugesichert, Bürgerinnen und Bürger von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Oft empfinden ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger komplizierte Regelungen als Hürde für ihr freiwilliges Engagement. Durch die Verfahrenserleichterungen können sie sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren.“

„Bürgerliches Engagement ist besonders für den Erhalt aktiver Wohnquartiere entscheidend“, erklärte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, im Vorfeld des Beschlusses. „Leider können jedoch viele in unserer Branche ehrenamtlich Engagierte weder von der Ehrenamts- noch von der Übungsleiterpauschale profitieren, da sie weder für eine juristische Person des öffentlichen Rechts, noch für einen gemeinnützigen oder mildtätigen Verein tätig sind. Damit fehlt den in unserer Branche ehrenamtlich Tätigen ein wesentlicher Anreiz, sich noch stärker zu engagieren. Wir brauchen unbürokratische Lösungen, die es engagier-

ten Helfern von Wohnungsunternehmen oder in von Wohnungsunternehmen unterstützten Nachbarschaftsvereinen ermöglichen, ebenso von diesen Regelungen zu profitieren“, erklärte der GdW-Chef.

Der sogenannte Übungsleiterpauschbetrag beinhaltet unter anderem das ehrenamtliche Engagement zur Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen. Auch von dieser Anerkennungsmöglichkeit können ehrenamtlich Tätige nicht direkt über ein Wohnungsunternehmen profitieren. „Gerade angesichts der demografischen Entwicklung wird aber die Bedeutung ehrenamtlich Tätiger für den Umgang mit älteren Menschen immer wichtiger. Es wäre dringend notwendig, hier über Neuregelungen nachzudenken, damit auch in unserer Branche ehrenamtlich Tätige besser unterstützt werden können“, so Gedaschko. Dazu zähle auch, dass die Ehrenamts- pauschale dem Niveau des Übungsleiterpauschbetrags stärker angeglichen werde. Der GdW-Präsident hob außerdem hervor, dass noch mehr Menschen als bereits jetzt zu einem entgeltfreien Engagement bereit seien, wenn sie besser vor möglichen Nachteilen geschützt wären. So seien die bestehenden Regelungen zur Haftpflicht- und Unfallversicherung von freiwilligen Helfern

intransparent und nicht ausreichend. „Wir brauchen eine Regelung, wie alle ehrenamtlich Tätigen unbürokratisch in eine Haftpflicht- und Unfallversicherung von Ländern, Kommunen oder Wohnungsunternehmen einbezogen werden können“, forderte Axel Gedaschko.

Ehrenamtliches Engagement hat in allen Bereichen eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. 23 Millionen Menschen in Deutschland bringen sich in ihrer Freizeit für gesellschaftliche Belange ein. Zusätzlich sind 64 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ehrenamtlich aktiv. Dies geht aus dem ersten Engagementbericht des Bundesfamilienministeriums hervor. Auch in der organisierten Wohnungswirtschaft hat freiwilliger Einsatz Tradition. In Wohnquartieren gibt es zahlreiche Nachbarschaftstreffs und gemeinsam bewirtschaftete Mietergärten. Viele Wohnungsunternehmen sind ehrenamtlich aktiv, indem sie Gemeinschaftsräume, wie zum Beispiel Spielwohnungen für Kinder und deren Eltern oder Seniorentreffs, bereitstellen und einrichten. Die ehrenamtlichen Angebote umfassen inzwischen die ganze Bandbreite vom Mittagstisch über Krabbelgruppe bis hin zur Einkaufshilfe für Nachbarn und vieles mehr. (burkschi) ■

## „Solar Decathlon 2012“: Innovative Gebäudeentwürfe für energieeffizientes Wohnen der Zukunft begeistern Wohnungsba-Jury

**Madrid – Bei dem Universitäten-Wettbewerb „Solar Decathlon 2012“ ging es Ende September 2012 darum, ein möglichst energieeffizientes Haus zu entwerfen, das rein solar versorgt wird und letztendlich mehr Energie erzeugt, als verbraucht – Plusenergiehäuser also. Der Zehnkampf beinhaltete neben den Aspekten Energieeffizienz, Energiebilanz, Architektur, Industrialisierbarkeit und Nachhaltigkeit auch die für das Wohnen wesentlichen Kriterien Funktionalität und Behaglichkeit. Der Europäische Verbindungsausschuss zur Koordinierung der sozialen Wohnungswirtschaft CECODHAS hat anlässlich des Wettbewerbs – jedoch außerhalb des Bewertungsprozedere – einen Preis für die beste Eignung von Gebäuden für den sozialen Wohnungsbau ausgelobt.**

Zur Preis-Jury gehörte auch Ingrid Vogler, Energiereferentin des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Um ihr Urteil nicht nur nach „Aktenlage“ fällen zu müssen, hatten die Jurymitglieder Gelegenheit, die Gebäude der Preisteilnehmer live zu besichtigen. Sie standen den ganzen September über als Prototypen aufgebaut in der „Villa Solar“ in Madrid. Vor Ort bot sich der Jury ein beeindruckendes Bild: Von außen wie von innen hatten die Häuser laut Jury eine hohe Qualität und boten jede Menge Inspiration, wie zum Beispiel die Idee von „Wohnboxen“ innerhalb einer klassischen Gewächshauschülle. Die Leistungen der studentischen Teams bewertete die Jury als durchweg überragend.

Der Enthusiasmus der Teams bei der Präsentation ihrer Häuser war laut Jurybericht ansteckend. Leider – so das Gesamturteil der Preisrichter – überwog allerdings noch die Planung des einzelnen, freistehenden, solar versorgten Hauses, das überschüssigen Strom ins Netz einspeist und Lücken aus dem Netz decken soll. Zwar hatten sich immerhin fünf der Projektteams Gedanken über verdichtetes Bauen gemacht – über Stapelung in bis zu drei Geschossen und Reihung ihrer Entwürfe. Aber die Eignung für „normales“ Wohnen sei bei vielen der Projekte eingeschränkt. So enthielten etliche Entwürfe eine „durchdesignte“ und fest eingebaute Möblierung und ließen keine Platzierung eigener Möbel zu. Alternativ wurden alle Wohnfunktionen – Schlafen, Kochen, Essen, Arbeiten, Entspannen

– in einem zusammenhängenden offenen Raum angeordnet. Beides in Kombination fand sich beispielsweise im – ansonsten als hervorragend bewerteten – Projekt der Universität Konstanz.

Ganz überwiegend waren die Entwürfe, so der Jurybericht, an warmen Klimata orientiert. Sonnenschutz, Belüftung, angenehmes Wohnklima im Sommer und Solarenergiegewinnung standen im Vordergrund. Die Frage, woher nach vier sonnenlosen Tagen warmes Wasser kommen sollte, wurde

meist mit dem Verweis auf den lokalen Entwurf für ein lokales Klima beantwortet. Interessant wäre es laut Jurymeinung, einen entsprechenden Wettbewerb im Winterhalbjahr in einem Land wie Schweden oder Deutschland stattfinden zu lassen.

Als herausragend wurde das Projekt der Architektur-Universität Grenoble bewertet. Der Entwurf denke von Beginn an verdichtet – bis zu sieben Geschosse sind möglich. Er vernetze die solare Energieerzeugung am Gebäude mit dem Strom- sowie mit einem Fernwärmenetz und sei damit auch für ein kaltes Klima geeignet. Er berücksichtige Mobilität, Müllentsorgung, soziales Miteinander und schaffe verdichtetes, individuelles Wohnen mit der Möglichkeit, „rund ums Haus“ gehen zu können. Jede Etage beinhaltet eine Wohnung – das Einfamilienhaus wird quasi „urbanisiert“. Aufgebaut war der Prototyp des obersten Wohngeschosses und des Dachgeschosses zur gemeinsamen Nutzung. Nicht nur die CECODHAS-Jury war von diesem Projekt überzeugt – es lag am Ende auch in der Gesamtwertung auf Platz eins.

Als interessant wurde auch der erwartete Energieverbrauch der Projekte eingeschätzt: Entsprechend der



Das Sieger-Projekt der Architektur-Universität Grenoble vereint die Aspekte des individuellen, des verdichteten Wohnens und der dezentralen Energieversorgung – hier die animierte Gesamtansicht der Gebäude.

Projektunterlagen werden für die 18 Projekte durchschnittlich 6.000 Kilowattstunden prognostiziert – für Beheizung, Warmwasser, gegebenenfalls Kühlung und Hausbedarfsstrom. Zum Vergleich: Wohnungen im Geschosswohnungsbau mit circa 70 Quadratmetern Wohnfläche haben einen spezifischen Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser von etwa 100 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr – das heißt etwa 7.000 Kilowattstunden pro Jahr. Hinzu kommen etwa 3.000 Kilowattstunden für Strom, was zusammengerechnet etwa 10.000 Kilowattstunden pro Jahr für einen Haushalt im Geschosswohnungsbau ergibt. Die „Plusenergiehäuser“ liegen circa 40 Prozent darunter. Es stellt sich die Frage, ob in dieser Größenordnung das sinnvolle Minimum liegt. Zumindest kosteneffizient ist das nach Einschätzung von Ingrid Vogler noch nicht, denn die reinen Baukosten der Pilotprojekte lägen beim 3,8-fachen der derzeitigen Neubaukosten im Geschosswohnungsbau. Die (sehr) optimistische Erwartung für die Baukosten bei echter Massenfertigung läge immer noch beim 1,6-fachen.

Dennoch: Den Enthusiasmus und die vielfältigen Ideen der studentischen Teams – und die hohe Qualität der ausgeführten Pilotprojekte – vor Ort zu erleben, hat die Jury nach einhelliger Meinung inspiriert und für die noch ausbaufähigen pragmatischen Gedanken zur realen Umsetzbarkeit allemal entschädigt. (voglschi) ■



Fotos: Ingrid Vogler

Der Prototyp des obersten Wohngeschosses und des Dachgeschosses des Sieger-Projektes war in Madrid zu besichtigen.

## Die gute Idee auf dem Brandenburger Tor: Wie das Wahrzeichen genossenschaftlich wurde

**Berlin – Auf das Brandenburger Tor darf keine Werbung. Auf das Brandenburger Tor darf in einem besonderen Rahmen nur eine gute Idee. Und die gute Idee heißt „Genossenschaft“ – in diesem Jahr international von den Vereinten Nationen geehrt. Und der besondere Rahmen für die gute Idee war im Oktober 2012 das Festival of Lights.**

Für die Wohnungsbaugenossenschaften Berlin, ein Zusammenschluss von 21 Unternehmen, war das Internationale Jahr Anlass, ganz besonders auf das genossenschaftliche Wohnen aufmerksam zu machen. Deshalb haben sie das genossenschaftliche Wohnen auf dem Brandenburger Tor zum Leuchten gebracht. Möglich wurde diese spannende Illuminierung im Rahmen des Festival of Lights, das vom 10. bis zum 21. Oktober die Hauptstadt wieder in ein leuchtendes Gesamtkunstwerk verwandelte.



Das Brandenburger Tor erstrahlte in den Farben der Marketinginitiative der Wohnungsbaugenossenschaften Deutschland.

Die genossenschaftliche Lichtkunst am berühmten Wahrzeichen war ein absoluter Festival-Höhepunkt. Hunderttausende Besu-

cher haben 12 Tage lang jeden Abend in einer spannenden Mixtour die Farben der Wohnungsbaugenossenschaften auf dem Tor entdecken und vor allem in einer Videoprojektion erleben können, wie das Wohnen im und auf dem Brandenburger Tor aussieht – für Junge und Alte, Kleine und Große, für Singles, Paare und Familien, bei Tag und bei Nacht. Die Besucher hatten den Eindruck, dass das Tor tatsächlich bewohnt sein könnte, hinter beleuchteten Fenstern bewegten sich Menschen wie im Alltag, es wurde gekocht, getanzt, musiziert, gelesen, gespielt... bis die Lichter ausgingen und ein neuer Tag begann. Und so titelte auch eine große Berliner Tageszeitung: „Apartments in Bestlage“. Aber nicht nur in der lokalen Presse, auch in überregionalen Medien, im TV, auf Facebook und Youtube fand das „genossenschaftliche Brandenburger Tor“ breite Zustimmung und viele neue Freunde.

Im Rahmen des Festivals lud die Marketinginitiative der Wohnungsbaugenossen-



Die Auszubildenden der Wohnungsbaugenossenschaften Berlin gaben gemeinsam den Startschuss für die Illumination am Tor.

schaften Deutschland e. V. am 12. Oktober unter dem Motto „Digitale Welt und analoge Präsenz“ ihre Mitglieder zum jährlichen Symposium nach Berlin ein. Mehr als 180 Mitglieder kamen in die Akademie der Künste am Pariser Platz und hörten von den Referenten Spannendes zu Bewertungsportalen, Guerilla-Marketings, Facebook, Apps & Co. und bewunderten am Abend die Lichtershow am Brandenburger Tor.

(schmlschi) ■

➔ **Weitere Informationen und Impressionen**

finden Sie unter [www.wohnungsbaugenossenschaften.de](http://www.wohnungsbaugenossenschaften.de) und [www.festival-of-lights.de](http://www.festival-of-lights.de)

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen kritisiert Sozialwohnungsstudie: „Zahlen schießen weit übers Ziel hinaus“

**Hannover/Bremen – „Wir brauchen dringend mehr Sozialwohnungen in Niedersachsen und Bremen. Die derzeit publizierten Schätzungen des Pestel-Instituts in Hannover zum Bedarf an Sozialwohnungen in den Landkreisen und Städten schießen aber völlig übers Ziel hinaus und sind für eine seriöse qualitative Weiterentwicklung des Wohnungsangebotes für einkommensschwächere Haushalte in keiner Weise hilfreich“, sagte Bernd Meyer, Direktor des vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen am 23. Oktober 2012 in Hannover.**

Meyer warnte davor, Politik auf dem Rücken der Betroffenen zu machen: „Es geht doch nur darum, die Situation am Wohnungsmarkt zu dramatisieren.“ Bereits beim Wohnungspolitischen Kongress hatte der vdw-Chef die Aussagekraft der Pestel-Untersuchung in Frage gestellt. Die Zahlen, die kürzlich in Bremen und in verschiedenen niedersächsischen Landkreisen veröffentlicht worden sind, liefern ein völlig verzerrtes Bild von der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Das Pestel-Institut setzt die Anzahl der Haushalte, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen, schlicht und ergreifend mit dem Bedarf

an zusätzlichen Sozialwohnungen gleich. Nicht berücksichtigt wird, dass die entsprechenden Haushalte bereits über eine Wohnung verfügen und im Rahmen des Bezugs von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II Hilfen zu den Kosten der Unterkunft erhalten. „Wir sind gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen durchaus der Auffassung, dass gerade kleinere und bezahlbare Wohnungen insbesondere in den begehrten Ballungsgebieten fehlen. Deswegen werden wir unsere Bestände mit Augenmaß entwickeln, sei es durch Modernisierungsmaßnahmen oder durch Neubau“, hob der vdw-Verbandsdirektor

hervor. Gerade in Städten wie Wilhelms- haven oder Hildesheim, für die das Pestel- Institut teilweise fünfstellige Fehlzahlen im Sozialwohnungsbereich errechnet hat, wäre es grob fahrlässig, derartige Neubauquoten anzupeilen, während Vermieter dort teilweise mit Leerständen zu kämpfen haben. „Die Wohnungswirtschaft wird ihre Hausaufgaben machen und ihrer sozialen Verantwortung nachkommen“, versprach Meyer. „Nun ist die Politik gefordert, neue Investitionsschwerpunkte zu definieren und die finanzielle Ausstattung der Förderprogramme substantziell zu verbessern.“

(enslschi) ■

## Wohnungsbaugenossenschaften in München können Erbpachtverträge verlängern – Preisgünstiger Wohnraum bleibt erhalten

**München – Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Zusage von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer begrüßt, den Wohnungsgenossenschaften in München eine Laufzeitverlängerung von auslaufenden Erbpachtverträgen aus dem Bundeseisenbahnvermögen anzubieten und vom Verkauf der Erbpachtflächen abzusehen. „Das ist ein ganz wichtiges Signal des Bundes. Nach Auslauf der Erbpacht würde andernfalls der Verkauf der Grundstücke zum Höchstgebot drohen – möglicherweise mit drastischen Mieterhöhungen als Folge“, so Herrmann.**

Viele Genossenschaftswohnungen stehen in München auf Erbpachtgrundstücken des Bundes, die aus dem Bundeseisenbahnvermögen stammen. Bei der von Innenminister Herrmann im Juli 2012 initiierten Wohnungsbaukonferenz war zur Sprache gekommen, dass nach dem Auslaufen der Erbpachtverträge die Grundstücke vom Bund gegen Höchstgebot veräußert werden. In einem solchen Bieterwettbewerb

können die Genossenschaften nicht mehr mithalten – der von ihnen angebotene preisgünstige Wohnraum ginge damit verloren. Daraufhin hatte sich der Innenminister an den Bundesbauminister gewandt. Für Verträge, die in den kommenden Jahren auslaufen, bietet der Bund nun Laufzeitverlängerungen an. Zum Verkauf soll es nur kommen, wenn die Genossenschaften Kaufinteresse signalisierten. „Preisgünstiger Wohnraum wird in München und Umgebung immer mehr zur Mangelware. Diese Entwicklung gefährdet die soziale Balance. Außerdem wird das lokale Wirtschaftswachstum dadurch beeinträchtigt“, so Herrmann. „Deshalb müssen wir alles dafür tun, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und weiteren zu schaffen. Ich bin froh, dass der Bundesbauminister hier jetzt ein Zeichen gesetzt hat.“

(pl/schi) ■

## Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen: „Wohnraumförderung stärker auf Regionen zuschneiden“

**Düsseldorf – Auf seinem Parlamentarischen Abend in Düsseldorf hat der VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen dem nordrhein-westfälischen Bauminister Michael Groschek am 22. Oktober 2012 seine Vorschläge für eine Reform der Wohnraumförderung vorgestellt. Darin fordert der Verband, die Förderbedingungen den regional sehr unterschiedlichen Wohnungsmärkten noch besser anzupassen, die gestiegenen Baukosten stärker zu berücksichtigen, die geforderten Standards hinsichtlich Grundriss, Ausstattung et cetera zu überprüfen und sowohl Fördermieten als auch Darlehenslaufzeiten anzupassen.**

Hintergrund der Forderungen ist, dass die Menschen in den Zuzugs- und Metropolregionen zunehmend Schwierigkeiten haben, bezahlbare Wohnungen zu finden. Ein ganz entscheidendes politisches Instrument, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist aus Sicht des VdW Rheinland Westfalen die Wohnraumförderung, für die das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) derzeit 850 Millionen Euro zur Verfügung stellt.

Die Wohnraumförderung wird zurzeit jedoch nicht so stark abgerufen, wie sich Politik und Wohnungswirtschaft das wünschen. Der Bestand an geförderten Wohnungen ist deshalb zwischen 2007 und 2011 um mehr als 30 Prozent auf nun 580.000 Wohnungen gefallen. Die jetzt vorgestellten Vorschläge des Verbands sollen dabei helfen, die Anzahl bezahlbarer Wohnungen wieder zu steigern.

„Wir sind froh, dass der NRW-Bauminister sich für eine Reform der Wohnraumförderung stark macht. Wir müssen den Trend umkehren und endlich wieder mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen“, erklärte VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter. Der VdW hat dazu auf Grundlage von Beispielrechnungen drei Regionstypen

definiert, in denen unterschiedliche Förderinstrumente zum Einsatz kommen sollten: angespannte und hochpreisige Teilmärkte mit dem vorrangigen Förderziel des Neubaus preiswerter Wohnungen; stabile Teilmärkte mit dem vorrangigen Förderziel bestandsersetzender Neubauten; sowie schrumpfende Teilmärkte mit dem Förderziel bestandsersetzender Neubauten und Rückbau. Die Förderbedingungen sollen nach Willen des VdW Rheinland Westfalen regionsspezifisch auf das Förderziel hin ausgerichtet sein.

### NRW-Wohnungswirtschaft begrüßt Beschluss zur Dichtheitsprüfung

Eine erfreuliche Entwicklung aus Sicht der NRW-Wohnungswirtschaft bei einem weiteren Thema zeigte sich am Tag nach dem Parlamentarischen Abend: SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in NRW einigten sich Medieninformationen zufolge darauf, die Pflicht zur Dichtheitsprüfung von Abwasserkanälen auf Wasserschutzgebiete zu beschränken. Kommunen sollen aber künftig selbst eine solche Pflicht einführen dürfen.

Der VdW Rheinland Westfalen begrüßte diese Einigung. „Das ist eine sinnvolle

Lösung“, sagte VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter. In Wasserschutzgebieten sei die Gefahr für das Trinkwasser am größten. Bei einem Großteil der Wohnungsbestände würden dank der Einigung nun aber Investitionsmittel frei, die in den Ausbau altersgerechter Wohnungen und in die energetische Sanierung fließen können.

Die Prüfpflicht soll laut der Medienberichte in Wasserschutzgebieten je nach Alter der Gebäude mit zwei Fristen gelten: Häuser mit einem Baujahr vor 1965 müssen bis Ende des Jahres 2015 überprüft werden, jüngere Häuser bis Ende 2020. Der VdW sieht darin eine sachgerechte Lösung, der allerdings ein langes Hin und Her vorausgegangen sei, das schon viele Tausend Euro gekostet habe. Rychter gab der Politik deshalb für zukünftige Gesetzgebungsprozesse auch zu bedenken: „Die Lösung ist für all diejenigen enttäuschend, die im Vertrauen auf die Stetigkeit von Politik bereits Zigtausende Euro für die Prüfung der Abwasserkanäle ausgegeben haben.“

(grö/schi) ■

➔ **Ein ausführliches Papier zu den Forderungen zur Wohnraumförderung finden Sie unter [www.vdw-rw.de](http://www.vdw-rw.de)**

**Emotionen statt grauer Fassade**

20. November 2012, Bochum

In diesem Seminar geht es um Marketingkonzepte für verschiedene Zielgruppen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Ziel ist es, aufzuzeigen, welche Zielgruppen man prinzipiell unterscheiden kann und wie man diese mit einem begrenzten Budget anspricht, um mit praxisorientierten Maßnahmen Leerstände zu verhindern beziehungsweise abzubauen. Den Teilnehmern wird hierzu ein praxisnaher und umfassender Überblick über die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten gegeben.

**Weitere Infos:** EBZ, Claudia Bovenschulte, Telefon: 0234/9447515, E-Mail: c.bovenschulte@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

**BBA-Mietrechtstag**

21. November 2012, Berlin

Beim 10. BBA-Mietrechtstag wird es nicht nur um das Ergebnis der aktuellen Mietrechtsreform gehen, sondern auch um die Frage, was bei Kindern im Mietverhältnis zu beachten ist. Rechtliche Updates zu technischen Themen wie Smart Metering oder Betriebskosten stehen ebenfalls auf der Agenda. Zudem können die Teilnehmer Best-Practice-Methoden anhand von Fallstudien im Umgang mit Mietminderungen oder mit schwierigen Mietschuldnern – von Experten begleitet – praxisnah austauschen.

**Weitere Infos:** BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, Internet: www.bba-campus.de/kalender

**Der SEPA-Umstellungsprozess**

26. November 2012, Lübeck

Wohnungsunternehmen stehen in den nächsten Monaten vor einer besonderen Herausforderung: Nach dem 31. Januar 2014 können Forderungen per Lastschrift bei Kunden nur noch über das SEPA-Lastschriftverfahren eingezogen werden. Neben der rein technischen Umstellung wird auch eine Umstellung bei den Zahlungsverkehrsprozessen zwingend notwendig. In diesem Seminar geht es um die Auswirkungen der europäischen SEPA-Verordnung auf den Zahlungsverkehr von Wohnungsunternehmen, die Darstellung der neuen Zahlungsverkehrsverfahren sowie den Umstellungsprozess im Wohnungsunternehmen.

**Weitere Infos:** VNW, Andrea Schwach, Telefon: 040/52011224, E-Mail: schwach@vnw.de,

Internet: www.vnw.de/veranstaltungen

**Kooperation mit Jobcentern**

29. November 2012, Dresden

Hartz-IV-Mietobergrenzen, Direktüberweisungen, Mietschuldenübernahmen oder Streichungen von Arbeitslosengeld II werden von Jobcentern sehr unterschiedlich gehandhabt. Deren Entscheidungen können sich jedoch direkt auf die Vermietbarkeit von Wohnungen oder Mietschuldenhöhen von Wohnungsgenossenschaften auswirken. In diesem Seminar werden daher Lösungen für unterschiedliche Situationen und Dringlichkeitsstufen in der Kooperation mit Jobcentern besprochen – ob bei Verhandlungen auf Führungsebene und mit Bündnispartnern oder in Einzelkontakten.

**Weitere Infos:** VSWG, Cindy Habrom, Telefon: 0351/8070122, E-Mail: habrom@vswg.de,

Internet: www.vswg.de/seminare

Anzeige

**DR. KLEIN**  
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 30.10.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,70%	1,71%
10 Jahre	2,32%	2,35%
15 Jahre	2,71%	2,74%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten  
Beleihungsauslauf 60%  
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt  
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.  
3 Monate bereitstellungszinsfrei  
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter [www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html](http://www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html)  
Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, [www.drklein.de](http://www.drklein.de)

**Zinsentwicklung bis 30.10.2012**  
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

**Dr. Klein-Energieeffizienzdarlehen\*:**  
für Neubau ab ca. 2,00%  
für Modernisierung ab ca. 1,79%

(\*Volltilgendarlehen mit einem Durchschnittszinssatz (Sollzinssatz) für die gesamte Laufzeit fest (ca. 20 Jahre))

**IMPRESSUM****WI Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel. 030 82403-151  
Fax 030 82403-159  
E-Mail: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de)

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg  
Tangstedter Landstraße 83  
22415 Hamburg  
Tel. 040 520103-0  
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: [Zeitschriften@haufe.de](mailto:Zeitschriften@haufe.de)

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:  
107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten  
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**WI** Online-Archiv

Die Web-Präsenz der **wi** finden Sie unter  
[www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der Fußzeile  
„Zeitschriften“.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das  
Haufe-Service-Center unter **0800-7234249**  
(kostenlos) gern weiter.

## GERECHT WOHNEN – Der GdW-Verbandstag 2012

Wohnen muss gerecht sein – so der Leitsatz des GdW-Verbandstages, der am 14. und 15. November 2012 im Berliner



Bundesumweltminister  
Peter Altmaier

Hotel Maritim stattfindet. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wird am Nachmittag des 14. November unter anderem Bundesumweltminister **Peter Altmaier** das Wort zum Thema Ener-

giehende ergreifen. Prof. Dr. **Reinhard Hüttl**, Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech sowie Vorstand und Vorsitzender des Vorstands des Deutschen GeoForschungs-Zentrums GFZ, wird Anpassungskonzepte an den Klimawandel näher erläutern. „ALBA macht Schule – Wohnungsunternehmen machen mit“ so der Titel eines Projektes des Basketballteams ALBA BERLIN unter Beteiligung von Wohnungsunternehmen, das „Flying“ **Henning Harnisch**, ehemaliger Kapitän der Deutschen Basketball-Nationalmannschaft, gemeinsam mit Schülern der

Charlie-Chaplin-Grundschule Berlin, vorstellen wird. Der Galaabend zum Verbandstag findet am 14. November 2012 um 19:30 Uhr für geladene Gäste im Deutschen Historischen Museum statt. Als Ehrengast wird dort der SPD-Fraktionsvorsitzende **Frank-Walter Steinmeier** erwartet.

(schi) ■

► **Weitere Infos und die Anmeldemodalitäten finden Sie unter [www.gdw.de](http://www.gdw.de) in der Rubrik „Service“ unter „Veranstaltungen“.**

### GdW Information 137 – „Die ‚E-Bilanz‘ – Leitfaden zur Einführung bei Wohnungsunternehmen“

Bei der sogenannten „E-Bilanz“ müssen Wohnungsunternehmen – mit Ausnahme der steuerbefreiten Vermietungsgenossenschaften – ihre Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen des Wirtschaftsjahres 2013 erstmalig im Jahr 2014 auf elektronischem Wege an die Finanzverwaltung

übermitteln. Für steuerbefreite Vermietungsgenossenschaften greift diese Verpflichtung erst für das Wirtschaftsjahr 2015. In der neuen GdW Information 137 ist dazu alles Wissenswerte zusammengestellt, um Wohnungsunternehmen den Einstieg in das Thema „E-Bilanz“ zu erleichtern und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

(schi) ■

► **Mitgliedsunternehmen des GdW und seiner Regionalverbände können die Publikation kostenlos über das GdW-Extranet herunterladen und ein kostenfreies Druckexemplar unter [bestellung@gdw.de](mailto:bestellung@gdw.de) anfordern.**

## Recht so

### Pauschalabgeltung von Überstunden – Zulässigkeit einer mündlichen Abrede

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Urteil vom 16. Mai 2012 (Az.: 5 AZR 331/11) entschieden, dass auch eine mündliche Vertragsbedingung, die der Arbeitgeber für eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen verwendet, eine Allgemeine Geschäftsbedingung darstellt. Eine so verwendete Klausel, nach der in der vereinbarten Monatsvergütung die ersten 20 Überstunden monatlich „mit drin“ sind, ist weder überraschend noch intransparent. In dem zur Entscheidung anstehenden Sachverhalt hatte die beklagte Arbeitgeberin in den stets nur mündlich abgeschlossenen Arbeitsverträgen verabredet, dass in dem jeweils vereinbarten monatlichen Gehalt die ersten 20 Überstunden im Monat enthalten seien.

#### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Genauso wie Arbeitsverträge können auch Allgemeine Geschäftsbedingungen, die für eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen verwendet werden, mündlich abgeschlossen werden. Im vorliegendem Sachverhalt hat das BAG die Vertragsbedingung, nach der die ersten 20 Überstunden in der Monatsvergütung enthalten seien, als Allgemeine Geschäftsbedingung bewertet, da die Klausel von der Arbeitgeberin für eine Vielzahl von Arbeitsverträgen vorformuliert – sozusagen im Kopf des Personalleiters gespeichert – ist und den Arbeitnehmern einseitig bei Abschluss des Arbeitsvertrages mitgeteilt wurde. Mithin sind also Fälle denkbar, in denen zwar ein schriftlicher Arbeitsvertrag ausgehandelt wird, Allgemeine Geschäftsbedingungen aber mündlich mitgeteilt und auferlegt werden. Vor mündlichen Vertragsbedingungen kann allerdings nur gewarnt werden. Kommt es zum Streit, dann ist ein schneller Blick in den Arbeitsvertrag natürlich nicht möglich. Und letztlich vermeiden schriftlich abgeschlossene Verträge langwierige und kostenintensive Beweisaufnahmen und sorgen so für rasche Rechtsklarheit.“



Foto: Sebastian Schobbert

## ZAHL DER WOCHE

Bis zu

# 15

**Prozent ihrer Haushalte** werden die neuen Länder laut dem Bundesländer-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost, den die Bundesregierung als Unterrichtung (17/10942) vorgelegt hat, bis zum Jahr 2025 verlieren. Insgesamt sei für Ostdeutschland mit einem Verlust von 600.000 Haushalten bis zum Jahr 2025 zu rechnen. Ohne weiteren Rückbau sei für das Jahr 2020 eine Gesamtzahl von 1,42 Millionen leer stehenden Wohnungen zu erwarten. Aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung würden zudem die Zahlen einkommensschwacher Haushalte und damit die Nachfrage nach sehr günstigem Wohnraum zukünftig wachsen. Der Deutsche Bundestag wird den Bericht am 9. November 2012 beraten.